

**01.02.2019 - Frauenmord ist keine Privatsache**

## Rassistische Berichterstattung über Morde an Frauen

von Ute Abraham

Mitte Dezember 2018 riefen die «Autonomen Frauenzentren» in Hamburg zu einer Gedenkkundgebung auf. In der Nähe des Wohnorts von Juliet H. legten sie als Zeichen der Trauer Blumen nieder.

Juliet H., Mutter von vier Kindern, wurde in ihrer Wohnung ermordet, ihr ehemaliger Lebenspartner als tatverdächtig festgenommen. Die Teilnehmenden an der Gedenkveranstaltung brachten Trauer, Wut und Protest zum Ausdruck, besonders kritisiert wurden Justiz und Medien, die den Mord als «Familiendrama» verharmlosten. Das Drama war Mord, war ein Femizid. Femizid bedeutet die Tötung von Frauen, weil sie Frauen sind. Es ist eine Form von Hasskriminalität. Die Gefahr getötet zu werden, ist statistisch betrachtet in der Trennungsphase am größten. Daher wird auch von der «Rache des gekränkten Machismo» gesprochen. Es ist also nicht jede Tötung einer Frau ein Femizid.

Im Jahr 2017 versuchte täglich ein Mann, seine Partnerin/Ex-Partnerin zu töten. Jeden zweiten bis dritten Tag gelang es einem. Laut Lagebericht des Bundeskriminalamts, das seit 2011 die sog. Partnerschaftsgewalt auswertet, wurden 147 Frauen durch ihren «Partner» ermordet.

Kritisch anmerken muss man bei dieser Erfassung, dass schwere Körperverletzung mit Todesfolge nicht in die Statistik einfließen. Ebenso fehlen Tötungsdelikte, die irreführend «erweiterter Suizid» genannt werden, sowie Todesfälle durch Brandstiftung.

Fast 140000 Fälle von Gewalt in der Partnerschaft wurden 2017 angezeigt. Die Dunkelziffer ist weitaus höher. Über die alltägliche Gewalt wie Demütigungen, Schläge, Vergewaltigungen, psychischer Terror, der Frauen häufig über Jahre ausgesetzt sind, bevor die Polizei eingeschaltet wird, sagen die Zahlen wenig aus. Es wird davon ausgegangen, dass jede vierte Frau in Deutschland von Gewalt in der Beziehung betroffen ist. Einem Femizid geht in den meisten Fällen diese alltägliche Gewalt jahrelang voraus. So auch bei Juliet H. aus Hamburg.

Dass Frauen im privaten und öffentlichen Leben größeren Gefahren und Gewalt ausgesetzt sind, ist kein Geheimnis. 350 Frauenhäuser fielen nicht vom Himmel. Sie wurden von der Frauenbewegung hart erkämpft. Ob Frauen dort Schutz finden, ist jedoch ein Glücksfall. Tausende Frauen müssen jährlich abgewiesen werden, weil diese Schutzräume überfüllt sind. Die Bundesregierung hat zwar finanzielle Mittel in den Haushalt 2019 eingestellt, sie stehen jedoch lediglich zur Sanierung bestehender Häuser

zur Verfügung. Die Verantwortung für neue Schutzräume und notwendiges Personal wird seit über 40 Jahren vom Bund auf die Länder auf die klammen Kommunen geschoben. Es fehlt aber auch die gesellschaftliche Aufmerksamkeit. «Beziehungstat», «Familiendrama» oder «Eifersuchtstat» verweisen Gewalt an Frauen ins Private, ins Unsichtbare. Es sei denn, der Täter ist ein «Anderer», einer, der nicht aus dem westeuropäischen Kulturkreis kommt. Sobald die Tat Männern mit Flucht- und Migrationsgeschichte zugeordnet werden kann, ist der Aufschrei groß. Der brutale Mord an der 15jährigen Mia aus Kandel im Dezember 2017 wurde zunächst als Beziehungstat, also außerhalb des öffentlichen Interesses eingestuft. Mia wurde von ihrem Ex-Freund, einem minderjährigen afghanischen Flüchtling, getötet. Nach Protesten von AfD und anderen rechten Organisationen, die den Mord für rassistische Stimmungsmache nutzten, schrieb die *Rheinische Post*: «Es war mehr als eine Beziehungstat.» So wäscht das «Andere» das «Eigene» rein.

Es geht nicht um ein Spiel mit Worten. Femizid bedeutet Frauenmord als Ausdruck fortbestehender ökonomischer, sozialer und kulturell bedingter Ungleichheiten, auf denen die Hierarchie der Geschlechter beruht. Dass wir über Femizide sprechen, verdanken wir der Dynamik der lateinamerikanischen Frauenbewegung. Der argentinischen Bewegung *Ni una menos* (Nicht eine weniger) gelang es, nicht nur Hunderttausende auf die Straße zu bringen, sondern auch Ungleichheit, die Frauen in ihrem Alltag erleben, zum Thema zu machen. *Ni una menos* rief im Jahr 2017 zu einem «kämpferischen internationalen Streik» auf. Die Vorbereitungen zum Frauenstreik 2019 in Deutschland sind Teil dieser internationalen Vernetzung, der Streik kann auch hier Gewalt an Frauen aus der Sprachlosigkeit ziehen und Zusammenhänge aufzeigen.